INTERVIEW

Bündnis für Tirol

Er trete für ein Bündnis von Bürgerforum, SPÖ und Grüne ein, um den Stillstand in Tirol zu beenden, erklärt Fritz Dinkhauser erstmals öffentlich. Der streitbare Liste-Fritz-Parteichef über die Zukunft der Politik, den Sanierungsfall Tiroler Volkspartei und warum Tirol ein Manifest zur politischen Hygiene braucht.

ECHO: Sie haben bereits Ende letzten Jahres ein Manifest für mehr Sachlichkeit und politische Hygiene präsentiert, wo unter Punkt 11 das Schaffen einer neuen Rücktrittskultur gefordert wird. Wie viele Politiker hätten in den letzten Jahren – hätte man sich danach gerichtet – in Tirol zurücktreten müssen?
Fritz Dinkhauser: Wir waren die Ersten, die offen gesagt haben, um was es geht, auch wenn keiner glauben wollte, dass es derartige Richtlinien brauchen würde. Aber offensichtlich braucht es in den heutigen Parteien diese politische Hygiene, wie wir sie festgeschrieben haben. Auf Ihre Frage bezogen glaube ich, dass es auf jeden Fall einige getroffen hätte, mitsamt dem Landeshauptmann. Die Sünden der Vergangenheit des Oberjagdmeisters müssen doch irgendwann geahndet werden. Platter musste ja wissen, was auf ihn zukommt, zumal er sah, dass seine rechte Hand Christan Switak kurz vor dem Abschuss stand. Dann noch die Jagdprüfung zu machen und wie wild auf die Jagd zu gehen, ist schon erstaunlich. Hier gehört entweder viel Unverfrorenheit oder viel Dummheit dazu. Aber der Punkt, den wir hier angesprochen haben, betrifft nicht nur Platter, sondern geht bis zu den „Alkoholikern", jene, die betrunken Auto fahren. Es geht einfach um eine moralische Verantwortung, die man als Politiker hat und die man wahrnehmen muss.
ECHO: Wenn man sich die einzelnen Forderungen ansieht, bekommt man das Gefühl, dass im Land in den letzten Jahren und Jahrzehnten nur gemauschelt und, um es vornehm auszudrücken, äußerst unsauber gearbeitet wurde. Ist die Tiroler Politik derart verkommen, dass es so ein Manifest braucht?
Dinkhauser: Gerade Tirol braucht solche Richtlinien, je verbindlicher, desto besser. Denn hier wurde das Land von einer Partei vereinnahmt, die dachte, das Land gehöre ihr. Dazu wurde auch der Landtag kastriert. Die Regierung macht, was sie will, und benötigt

Fritz-Chef Dinkhauser: „Trete für breite Bewegung Bürgerforum, Grüne und SPÖ ein"

den Landtag nur, wenn sie mit dem Rücken zur Wand steht und Geld braucht, siehe Hypo Tirol Bank. Die ÖVP hat aber nicht nur den Landtag absolut kaputtgemacht, sondern auch das Land in eine unglaubliche „Verschulzung" geführt. Es herrscht eine unvorstellbare Verhaberung, in deren Mittelpunkt immer schwarze Politiker stehen.
ECHO: Aber lässt sich dies mittels eines politischen Manifests wirklich ändern?
Dinkhauser: Das Manifest ist ein äußerst notwendiger Schritt. Wirklich ändern lässt sich dieser Zustand aber nur, wenn die ÖVP aus der Regierung genommen wird, denn die Partei ist am Ende. Wer diese ÖVP wirklich schätzt, der schickt sie in Opposition. Nächstes Jahr hätten die Wähler ja die Möglichkeit dazu. Wenn sich die ganzen „Wirtshausrebellen" endlich aufmachen und auch offen sagen würden, dass es reicht, und die vernünftigen und klugen Köpfe in diesem Land ebenfalls in die Offensive gingen und ein Bekenntnis zu einem sauberen, gerechten und modernen Tirol ablegen würden, dann wäre der Wechsel bereits geschafft.
ECHO: Nach Bekanntwerden der Jagdausflüge des Landeshauptmanns hat die ÖVP in der vorletzten Landtagssitzung nun doch der Schaffung eigener Transparenzrichtlinien zugestimmt. Was ist ihrer Ansicht nach davon zu halten? Werden am Ende Ihre politischen Forderungen berücksichtigt werden?
Dinkhauser: Als jemand, der seit 40 Jahren ÖVP-geschädigt ist, weiß ich, wovon ich rede: Das, was von der ÖVP angekündigt wurde, ist Schall und Rauch. Im Gegenteil, man wird Möglichkeiten suchen, wie man indirekt diese Forderung nach Transparenz weiter umgehen kann, damit man etwa zu entsprechenden Mitteln kommt. Was soll

Fotos: Friedle

denn groß passieren, wenn der persönliche Anstand fehlt? Aber man muss die absolute Transparenz fordern, vor allem dort, wo öffentliche Mittel zur Finanzierung herangezogen werden. Das betrifft etwa all jene Mittel, die das Land durch Subventionen und Zuwendungen vergibt, sei es direkt oder über Einrichtungen des Landes. Natürlich müssten auch die Bedarfszuweisungen öffentlich einsehbar werden, ebenso wie die Klubmittel. Ich frage mich, warum es in der heutigen Zeit so schwierig ist, dies alles etwa via Internet darzulegen. Wir haben keine Probleme damit, unsere Finanzen öffentlich zu machen, warum also die ÖVP? Die Menschen haben ein Recht zu prüfen, was mit ihren Steuermitteln passiert.

ECHO: Welche Rolle spielt die SPÖ bei diesem Thema, die nun sagt, sie hätte immer schon auf mehr Transparenz gedrängt? Wird sich die SPÖ bei den Verhandlungen zu einem möglichen Transparenzgesetz wirklich einbringen können?

Dinkhauser: Ich bleibe dabei: Die ÖVP ist ein Sanierungsfall und die SPÖ leider ein Kondolierungsfall. Diese Partei hat sich selbst verraten, was wirklich schade ist. Nehmen wir nur die Agrargemeinschaftsfrage: Ständig wird uns von SPÖ-Politikern bestätigt, dass wir mit unserer Haltung recht haben, Konsequenzen von SPÖ-Seite gibt es aber keine, da ihnen Positionen und Verdienst wichtiger sind als die Lösung solch drängender Probleme. Deshalb steht das Festhalten an der Koalition im Vordergrund und nicht der politische Anstand. Die Parteispitze hätte schon längst signalisieren müssen, dass sie diesen Weg, den die ÖVP verfolgt, nicht mehr mitgehen kann. Letztendlich wird die SPÖ deshalb als Wurmfortsatz der ÖVP wahrgenommen und das wird sie auch in der Frage der Transparenz bleiben.

ECHO: Was passiert, wenn das Transparenzgesetz nicht so umgesetzt wird wie angekündigt?

Dinkhauser: Ich denke, dann muss man das Volk befragen und dann wird der Druck so groß, dass sich weder Landeshauptmann noch ÖVP dem Votum widersetzen können.

ECHO: Die März-Landtagssitzung – speziell während der Transparenzdebatte – kann man getrost als Tiefpunkt des Tiroler Politlebens bezeichnen. Viele Wähler sind enttäuscht, gehen nicht mehr zur Urne. Kann man dieser Entwicklung entgegensteuern?

Dinkhauser: Ich weiß, dass ich mir damit Gegner mache, aber diese Ansicht kommt von Herzen: Man darf die Demokratie den Menschen auch nicht zu leicht machen. Bei allem, was man kritisieren kann, hat Demokratie auch eine Verpflichtung. Deshalb müsste auch eine neue Form der Wahlpflicht angedacht werden, bei der der Wähler zwar nicht bestraft, aber angehalten wird zu wählen. Dann würden die „alten" Parteien erst wirklich abgestraft werden. Demokratie ist etwas, das für uns selbstverständlich ist, und deshalb vergessen wir auf vieles. Demokratie muss aber auch gelernt werden. Weiters wäre von Vorteil, Personen wählen zu können. Deshalb habe ich nicht nur die Direktwahl

„Liste Fritz, Grüne und SPÖ könnten zusammen eine tragfähige Regierung bilden."

Fritz Dinkhauser, Parteichef Liste Fritz

in Innsbruck unterstützt, sondern trete auch für die Direktwahl des Landesoberhauptes ein. Was ebenfalls gegen die Politikmüdigkeit helfen würde, ist die absolute Bürgerbeteiligung: Wenn ein bestimmter Prozentsatz für oder gegen etwas stimmt, muss das Votum verpflichtend sein, sogar die Abwahl des Landtages muss so möglich werden. Und es braucht das Korrektiv eines Bürgerrates, damit nicht die Medien die Politik machen.

ECHO: Ihrer Ansicht nach würde sich das Land nur verändern, würde man die ÖVP in Opposition schicken. Ist das überhaupt denkbar?

Dinkhauser: Früher hätte ich mir bei diesen Überlegungen gedacht, ich würde in die Hölle kommen, aber diese Zeit ist schon lange vorbei. Spricht man heute mit geeichten ÖVP-Mitgliedern, dann sagen fast alle, dass der Bogen überspannt und das Maß verlorengegangen ist – da braucht man gar nicht über die großen Skandale zu sprechen. Aber wo ist die Wirtschaftskompetenz, wenn eine Bank fast an die Wand gefahren wird, wo ist die agrarische Kompetenz, wenn ein Unternehmen wie die Tirol Milch dem Land verlorengeht, wo ist die Sozial-Kompetenz, wenn fast 100.000 Menschen in Tirol an der Armutsgrenze leben? Und wo ist die Demokratiekompetenz, wenn man sich die Verbrechen bei den Agrargemeinschaften ansieht, wo einige wenige dem Volk das Eigentum geraubt haben? Ich frage mich: Wo ist denn die christlich-soziale Volkspartei noch?

ECHO: Aber der Wähler bräuchte, um sich anders entscheiden zu können, ja eine Alternative, der er zutraut, das Land zu führen …

Dinkhauser: Ich habe bereits 2008 das Kabinett der besten Köpfe angeboten. SPÖ hin oder her, auch dort gibt es intelligente und engagierte Politiker, ebenso bei den Grünen. Natürlich könnte man auf dieser Basis eine moderne, neue Landesregierung formen, die Perspektiven bietet und die den Stillstand, der herrscht, endlich aufbricht. Denn dieser Regierung fehlt es an Visionen und Umsetzungskraft und das in allen Bereichen. Für diese Idee einer breiten politischen Gruppierung aus Grünen, Sozialdemokraten und Bürgerlichen wie uns, bei gleichzeitigem Miteinbeziehen der Tiroler, dafür brenne ich nach wie vor und ich bin überzeugt, dass wir eine tragfähige Regierung bilden können.

ECHO: Gibt es diesbezüglich Gespräche?

Dinkhauser: Nun, zumindest habe ich den Medien entnommen, dass Hannes Gschwentner und Georg Willi einer solchen Konstellation nicht abgeneigt wären und ich füge noch einmal hinzu: Es geht um das Kabinett der besten Köpfe, da muss nicht zwingend der Dinkhauser mit dabei sein. Mir geht es um den Bau von Brücken, um das Land weiterzubringen. Deshalb bin ich angetreten, was angesichts der ÖVP-Ignoranz und der Tiroler Mediensituation alles andere als leicht ist. Aber ich bereue keinen Tag, an dem das Bürgerforum bisher um ein neues, offenes Tirol gekämpft hat.

ECHO: Hannes Gschwenter und Georg Willi haben ECHO gegenüber angedeutet, dass sie dem Projekt prinzipiell positiv gegenüberstehen. Warum wird es dann nicht gemacht?

Dinkhauser: Es ist ja schon viel erreicht, indem man einen Grundkonsens gefunden hat. Die Zeichen stehen meiner Ansicht nach auch nicht schlecht, dass an dieser Möglichkeit einer neuen Polit-Schiene weitergearbeitet wird. →

ECHO: Ihr Bürgerforum ist nicht nur die größte Oppositionspartei, sondern auch die zweitgrößte Partei Tirols. Trotzdem wird sie nicht als solche wahrgenommen. Woran liegt das?
Dinkhauser: Wir haben seit Beginn unserer Arbeit 500 Initiativen in allen Bereichen eingebracht, die nicht von schlechten Eltern waren und die man alle abgelehnt hat. Hier steht also nicht das Wohl des Landes im Vordergrund, sondern bloße Parteipolitik, die zu nichts anderem führt als zu dem, was wir heute haben, nämlich Stillstand, Verfilzung und Skandale. Und nachdem auch die Medien in diesem Land wirtschaftlich vom Einfluss der Politik abhängig gemacht wurden, kommen die, die die ÖVP kritisieren, öffentlich kaum vor. Deshalb würde ich für unabhängige Medien plädieren, die natürlich die notwendigen wirtschaftlichen Kompetenzen aufweisen müssen, aber deren Existenz zudem durch einen ordentlich gemachten Förderkatalog gesichert ist. So gäbe es keine Sorgen, ob ein Landesunternehmen nun inseriert oder nicht. Man muss sich ja nur die Unverschämtheit vor Augen führen, wenn ein ehemaliger VP-Parteisekretär zum Intendanten eines ORF-Tirol gemacht wird, der eigentlich der Unabhängigkeit verpflichtet wäre. Das schlägt dem Fass doch den Boden aus. Seit meinem Einzug in den Landtag im Jahr 2008 saß ich ein einziges Mal im ORF-Landesstudio. Das ist wohl das beste Beispiel dafür, wie schwer in einem nach wie vor ÖVP-dominierten Land die politische Arbeit der Opposition ist. Aber wir werden nicht müde, das morsche Gebilde ÖVP weiter zu untergraben, bis es umfällt.

„Früher hätte ich mir bei den Überlegungen, die ÖVP in die Opposition zu schicken, gedacht, ich komme in die Hölle."
Fritz Dinkhauser, Parteichef Liste Fritz

ECHO: Wie sehen Ihre Pläne aus?
Dinkhauser: Meine Aufgabe ist noch nicht beendet, ich werde bei der Landtagswahl 2013 antreten. Denn es ist meine Mission, ein Tirol ohne regierende Volkspartei zu schaffen, ohne einen Landesrat Steixner, den Sargnagel und Scharfrichter der Volkspartei, der schon in den Startlöchern steht, um den nächsten Landeshauptmann zu liquidieren. Ich möchte ein anständiges und gerechtes Tirol und eine andere Art der Politik mit einer neuen Art von Demokratie, bei der das Volk wieder wirklich mitbestimmen und direkt Einfluss nehmen kann. Es gäbe in allen Bereichen, von Wirtschafts- über Energiepolitik bis hin zur Sozial- und Bildungspolitik dermaßen viel zu tun und es wäre höchst an der Zeit, dass sich hier etwas bewegen würde. Das möchte ich erreichen und anstoßen. Andere Ambitionen habe ich nicht.
ECHO: Also keine Mission Landeshauptmann?
Dinkhauser: Meine Vitalität ist bekannt und es muss für jeden das Ziel sein, dass er dort hinkommt, wo er etwas verändern kann. Aber in erste Linie möchte ich eine Brücke bauen, damit Entwicklung in diesem Land wieder möglich ist.
ECHO: Welche Chancen rechnen Sie sich bei der kommenden Wahl aus, zumal neueste Umfragen der ÖVP 42 bis 43 Prozent bescheinigen?

Fritz Dinkhauser: „Werde nicht müde, das morsche Gebäude ÖVP zu untergraben"

Die Forderungen der Liste Fritz in ihrem Manifest für politische Hygiene in Tirol

I. Schaffen einer Tiroler Transparenz-Datenbank für Förderungen an Unternehmen, Gemeinden und Vereine
II. Veröffentlichung aller PR-Schaltungen des Landes sowie aller Landesunternehmen
III. Offenlegung aller Werbe- und Sponsoringmaßnahmen der Landesunternehmen
IV. Jährliche Offenlegung aller Sachwerte und Spenden über 500 Euro an Parteien
V. Keine Werbeeinschaltungen von Unternehmen in Parteizeitungen
VI. „Beteiligungsausschuss" als Informationsplattform zwischen Landesunternehmen und den Abgeordneten
VII. Begrenzte Gehälter und Haftungen für Manager von Landesunternehmen
VIII. Äquidistanz von Regierungspolitikern zu Unternehmer-Persönlichkeiten
IX. Verpflichtende Anwesenheit des Landeshauptmannes an 14 Sitzungstagen des Landtages pro Jahr
X. Verpflichtende Anwesenheit des Regierungsmitgliedes bei den Sitzungen des Fachausschusses
XI. Wahrnehmen der politischen Verantwortung und Schaffen einer neuen Rücktrittskultur
XII. Verschärfung der Unvereinbarkeitsregelungen für Landespolitiker
XIII. Klare Trennung von Parteiorganisationen und öffentlichen Einrichtungen

„Laut unserer Umfrage sagen über 50 Prozent, dass Tirol besser dran wäre, wenn die ÖVP nicht regieren würde."
Fritz Dinkhauser, Parteichef Liste Fritz

Dinkhauser: Wir haben auch eine Umfrage in Auftrag gegeben und laut der sagen über 50 Prozent der Befragten, dass Tirol besser dran wäre, wenn die ÖVP nicht regieren würde. Da haben sich in den letzten Jahren ja Welten verschoben. Als ich 2008 antrat, hat man dem Bürgerforum fünf bis sieben Prozent prophezeit, geworden sind es über 18 Prozent. Und wenn ich auf meinen Bezirkstouren bin, merke ich den Zuspruch, aber vor allem Kritik an der Regierung Platter und an seiner eigenen Person. Sollte dies der Fanclub des Landeshauptmannes sein, wird er sich für 2013 warm anziehen müssen, denn das Urteil ist von Landeck bis Kufstein dasselbe. Abgerechnet wird nach der Wahl und hier wird entscheidend sein, ob man die Menschen überhaupt zur Wahl bewegen kann. Und ich hoffe, dass es gelingt, die Wähler für die Wahl zu begeistern, denn letztlich entscheiden sie über den Weg, den unser Land in Zukunft nehmen soll. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass die Mehrheit wirklich weiterhin eine Regierungspartei voller Skandale, Freunderlwirtschaft und politischer Planlosigkeit unterstützen will.

Interview: Armin Muigg

Fotos: Friedle, BMI